

Focus vom 05.05.2014 , S. 51

# Städte vor dem Absturz

Die NRW-Kommunen werfen **der großen Koalition Wortbruch** vor, weil Berlin Milliardenzuschüsse für Eingliederungshilfen verzögert

**G**elsenkirchen, City. Geschlossene Kaufhäuser, marode Spielhallen, Billigläden. Allerorten fehlt der Stadt im Revier das Geld. Schlimmer noch: Das Finanzloch wächst. Die Sozialausgaben steigen rapide. 70 Millionen Euro gibt Gelsenkirchen allein in diesem Jahr aus, um behinderte Menschen in Gesellschaft und Arbeitsleben einzugliedern.

Kosten, welche die große Koalition in Berlin eigentlich erstaten wollte. Und zwar über ein Bundesteilhabegesetz. Die neue Regelung, so Steffen Kampeter, CDU-Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, jüngst vor Parteifreunden in Neuss, greife aber erst in der kommenden Legislaturperiode. Demnach zahlt der Bund nicht vor 2018 fünf Milliarden Euro jährlich an Städte und Gemeinden. Kampeter gibt vor allem SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) die Schuld an der Verzögerung: Es liege in ihrer Verantwortung, „ein Bundesteilhabegesetz einzubringen“.

Über die Parteigrenzen hinweg äußern die NRW-Stadtoberen darüber ihre Empörung. Pikanterweise richtet sich ihre Kritik nicht nur gegen die zögerliche Union, sondern auch gegen die eigenen Spitzengenossen an der Spree. „Wir erwarten von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vizekanz-

ler Sigmar Gabriel, dass sie Wort halten und die den Kommunen zugesagten Hilfen auch realisieren“, zürnt Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski (SPD). Diese Zahlungen duldeten „keinen Aufschub in die nächste Legislaturperiode“, assistiert Mönchengladbachs Stadtchef Norbert Bude (SPD). „Den NRW-Kommunen steht das Wasser bis zum Hals“, meint André Kuper, kommunalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, „deshalb müssen sie dringend von Sozialausgaben entlastet werden“.

Der Protest aus NRW lässt Schwarz-Rot in Berlin kalt. Das war auch ein Grund, warum Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) unlängst öffentlich über Intrigen in der Parteispitze lästerte. Erfolglos hatte Kraft bei Gabriel & Co. auf mehr Hilfen für ihre klammen Kommunen gepocht.

Dabei wäre Unterstützung dringend nötig: 177 NRW-Kommunen sind kaum noch zahlungsfähig. Die Kredite summieren sich auf mehr als 25 Milliarden Euro. Besonders groß ist der Ärger über Berlin bei den Städten im Ruhrgebiet. „Wer immer mehr Leistungen bestellt, muss diese auch bezahlen“, schimpft Dortmunds erster Bürger Ullrich Sierau (SPD). Seine Stadt muss

sich in diesem Jahr erneut mit 70 Millionen Euro verschulden.

Auf Grund der gestiegenen Sozialausgaben fehlen im Gelsenkirchener Etat 28 Millionen Euro von gut 900 Millionen Euro. In der Not wird Kämmerer Georg Lunemann wohl bald die Grundsteuer anheben müssen.

So weit dürfe es nicht kommen, warnt Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen: „Die große Koalition betreibt ein falsches Spiel mit den Kommunen, sie hat Entlastung versprochen und den Vertretern der Städte und Gemeinden in NRW damit Sand in die Augen gestreut.“ ■

## 177 Städte an Rhein und Ruhr

sind kaum noch zahlungsfähig. Viele Kommunen arbeiten mit einem Not-Etat.

## 25 Mrd.

Euro weist der Darlehensstand der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen auf.

## 70 Mio.

Euro zahlt Gelsenkirchen in diesem Jahr, um behinderte Menschen wieder einzugliedern.